



Spatenstich für ICE-Neubaustrecke (in Nürnberg)

Verkehr

Falsch gerechnet

Die Deutsche Bahn AG hat sich bei der Planung einer neuen ICE-Trasse, die von München über Ingolstadt nach Nürnberg führen soll, um mehr als eine halbe Milliarde Mark verkalkuliert. Die Bahn hatte sich trotz erheblicher Bedenken des Bundesrechnungshofes gegen eine Alternativstrecke über Augsburg entschieden (SPIEGEL 25/1994).

Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber und Bahn-Chef Heinz Dürr setzten vorvergangene Woche den ersten Spatenstich.

Die Frankfurter Rechnungsprüfer wiesen der Bahn jetzt eine Vielzahl eklatanter Fehler nach. Die auch von der Bundesregierung favorisierte Streckenführung über Ingolstadt war zu günstig gerechnet worden. Allein beim Tunnelbau kalkulierten die Planer die Kosten um 530 Millionen Mark zu niedrig. So fehlt ein 4,8 Kilometer langer Tunnel, der unter dem Köschinger Forst gebaut werden soll, im Kostenvergleich zwischen den beiden Strecken; mehrere Tunnel wurden falsch vermessen. Allein dadurch verteuert sich der Voranschlag von gut drei Milliarden Mark um rund 200 Millionen Mark. Zudem wurden Investitionskosten von 3,6 Millionen Mark für Weichenheizungen, Stromversorgung und Beleuchtung auf dem Bauabschnitt zwischen Ingolstadt und München vergessen.

Die Streckenführung über Augsburg wurde durch Rechenfehler dagegen teurer als tatsächlich notwendig. 5,5 Millionen Mark für elektrische Anlagen beim Bahnhof in Roth wurden doppelt veranschlagt; der Umbau des Treuchtlinger Bahnhofs taucht in der Kostenrechnung auf, obwohl er schon 1992 abgeschlossen wurde. Die Bahn listete außerdem 26,6 Millionen Mark für die Erneuerung eines Stellwerks in München-Pasing auf, das unabhängig von der ICE-Trasse überholt werden muß.

Die ICE-Strecke über Ingolstadt kostet, so das Fazit der Rechnungsprüfer, 3,89 Milliarden, die Alternativlösung über Augsburg würde in Wirklichkeit nur 2,2 Milliarden Mark betragen.

DDR-Vergangenheit

Seites Anfänge als Querulant

Der mecklenburg-vorpommersche Ministerpräsident Berndt Seite (CDU) fürchtet um seinen Ruf. Bisher hatte er stets beteuert, zu DDR-Zeiten nur Mitglied des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) gewesen zu sein; anderweitig habe er sich politisch nicht betätigt. Nun aber mußte Seite zugeben, daß er für die Nationale Front (NF) kandidiert hatte, für die von der SED angeführte Einheitsliste aller Parteien und großen Organisationen der DDR.

Im Mai 1989 hatte er sich als FDGB-Mitglied bei den Kommunalwahlen für die NF aufstellen lassen und war in seinem Heimatdorf Walow gewählt worden. Dem Staatssicherheitsdienst war der Politiker allerdings verdächtig: In Spitzel-Berichten taucht Seite als Querulant auf, weil er schon auf der ersten

Gemeindeversammlung seinem „Unmut“ über das Blockwahlverfahren durch „unsachliche Gesten und kurze Bemerkungen“ Luft gemacht hatte. Andere Stasi-Unterlagen wiederum weisen Seite, der einer der Kandidaten Helmut Kohls für das Amt des Bundespräsidenten war, als West-Skeptiker aus. Noch im September 1989 hatte er einem Konfidenten der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin erklärt, der Westen sei es „nicht wert“, ausreisewillige DDR-Bürger zu bekommen. Die Menschen würden „für anstehende Veränderungen in der DDR benötigt“. Seite



Seite

war wenige Wochen später Mitbegründer des Neuen Forums im Kreis Rößel und trat 1990 der CDU bei.

Republikaner

Griff in die Staatskasse

Die rechtsradikalen Republikaner versuchen, das Parteiengesetz mit organisierten Spenden zu überlisten. Um höhere Zuschüsse aus dem Bonner Staatshaushalt zu bekommen, will die Partei mit Mitgliedern künftig Arbeitsverträge über „geringfügige Beschäftigung“ abschließen. Bundesschatzmeister Klaus-Dieter Pahl hat an Parteifreunde Musterverträge verschickt, nach denen stets „Die Republikaner, Plittersdorfer Str. 91, 53173 Bonn“ als Arbeitgeber genannt werden sollen. Der Monatslohn von 500 Mark soll allerdings nicht ausbezahlt werden. Mit einer „Verzichts-Erklärung“ spenden die Arbeitnehmer den Betrag umgehend der Partei. Der Trick: Spenden können als Einnahme verbucht werden und verbessern rein rech-



Pahl

nerisch die Bilanz, auch wenn tatsächlich kein Geld fließt. Den gelegentlich finanziell klammen Republikanern waren schon mal staatliche Gelder gekürzt worden, weil Zuwendungen laut Parteiengesetz nicht höher ausfallen dürfen als die Einnahmen einer Partei. Pro Spendenmark, die einer Partei zufließt, zahlt der Staat neuerdings 50 Pfennig dazu.